

**TOP 11: Präventionsagentur gegen Extremismus - Bericht 2017 über die Arbeit der Präventionsagentur und Bilanz 2017 der Maßnahmen der Landesregierung gegen Rechtsextremismus**  
- Ministerium des Innern und für Sport -

**Beschluss:**

1. Der Ministerrat nimmt den Bericht 2017 der Präventionsagentur gegen Extremismus und die Bilanz 2017 der Maßnahmen der Landesregierung gegen Rechtsextremismus zur Kenntnis.
2. Die Arbeit der Präventionsagentur gegen Extremismus wird auf der Grundlage des vorgelegten Berichts fortgeführt und weiterentwickelt.
3. Das Aussteigerprogramm „(R)AUSwege aus dem Extremismus und die angeschlossenen Programme werden im Jahr 2018 weitergeführt.

**Erläuterungen:**

Das Ministerium des Innern und für Sport berichtet über die Aktivitäten der Präventionsagentur gegen Extremismus und die 2017 ergriffenen Maßnahmen der Landesregierung gegen Rechtsextremismus. Die beiden Berichte, die dem Ministerrat zur Kenntnisnahme vorliegen, geben einen Überblick über die Tätigkeit der beim rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz durch Ministerratsbeschluss vom 10. Juni 2008 eingerichteten Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus, die im Jahr 2017 im Zuge der Lageentwicklung in Präventionsagentur gegen Extremismus umbenannt wurde sowie der insgesamt von der Landesregierung initiierten Maßnahmen gegen Rechtsextremismus.

Die Präventionsagentur hat primär folgende Aufgaben:

- Fortführung der interministeriellen Zusammenarbeit und der Zusammenarbeit mit Behörden und Einrichtungen (u.a. Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, Landeszentrale für politische Bildung) in Fragen der Extremismusprävention,
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit den kommunalen Gebietskörperschaften und der Beratungstätigkeit in den Kommunen,
- Ausbau des Informationsangebots, so in einem Internet-Portal für die Landesverwaltung und die kommunalen Gebietskörperschaften,
- Intensivierung der Aufklärungsarbeit für Jugendliche,
- Weiterentwicklung bewährter Präventionsmaßnahmen und Umsetzung neuer Projekte.

Unter den Gesichtspunkten Verstetigung und Fortentwicklung wurden auch im Jahr 2017 im Bereich der Landesregierung zahlreiche bewährte Maßnahmen der Rechtsextremismusprävention fortgeführt, neue Projekte initiiert und zivilgesellschaftliche Akteure gefördert.

Ihnen gemeinsam sind die Stärkung gesamtgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagements, die Förderung des Demokratiebewusstseins und die Stärkung der Zivilcourage als wesentliche Grundlagen der Bekämpfung des Rechtsextremismus.